



Konsequenz S. 3

Die Landesregierung will sich bei der Abstimmung über die Erbschaftssteuerreform im Bundesrat enthalten. Der Landtag erörterte mögliche Konsequenzen für den Landeshaushalt.

Konklusion S. 6

Das Sparkassengesetz der Landesregierung wurde lange und ausgiebig diskutiert. Nun hat der Landtag mit Regierungsmehrheit den Entwurf in veränderter Fassung verabschiedet.

Konfrontation S. 8

Die gescheiterte Regierungsbildung in Hessen ließ auch in NRW die Gemüter nicht kalt. Der Landtag diskutierte über den Umgang mit der Linkspartei und mögliche Koalitionen.

Klimawandel S.5, S. 9-11

NRW ist das Energieland Nummer eins in Deutschland. Der Klimawandel erfordert einen genauen Blick auf alle Energieträger. Das Plenum diskutierte, der Wirtschaftsausschuss informierte sich vor Ort.

Korrektur S. 13

Die Wirtschaftsentwicklung veranlasste die Landesregierung, für 2009 mit geringeren Einnahmen zu planen. Der Landtag verschob die Endberatung des Haushalts aufs nächste Jahr.

Hoch spannend: Die Energiedebatte in NRW

Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
Einnahmeausfälle für den Landeshaushalt?	3
<i>Ohne Erbschaftssteuer fehlten NRW 1,2 Milliarden Euro</i>	
Börsengang der Bahn bremsen?	4
<i>Grüne fordern, Teilprivatisierung des Konzerns vollständig abzusagen</i>	
Klimaschutz: Motor oder Bremsen wirtschaftlicher Entwicklung?	5
<i>Schlagabtausch über Umwelt-, Energie- und Wirtschaftspolitik</i>	
Alle „Giftzähne“ gezogen?	6
<i>Landtag nimmt Sparkassengesetz in dritter Lesung an</i>	
Neues Heimrecht soll Individualität sichern	7
<i>Das Ziel: Mehr Teilhabe und Selbstbestimmung</i>	
„Auftakt zur Landtagswahl 2010“	8
<i>Hitzige Debatte über den Umgang mit der Linkspartei</i>	
Von Kohle und Kernkraft	9
<i>Energieausschuss besuchte Atomkraftwerk und Steinkohlenbergbau</i>	
Schlag auf Schlag	10-11
<i>Diesmal sind es die energiepolitischen Sprecher der Fraktionen</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	12
Mehr Geld zur Stabilisierung der Konjunktur	13
<i>Landtagsausschuss berät Haushaltsergänzung und die Zukunft der WestLB</i>	
Gesetzgebung	14-15
Aus den Fraktionen	16-17
Überschuldeten Kommunen helfen	18
<i>Sachverständige schlagen verschiedene Lösungsansätze vor</i>	
Porträt: Angela Tillmann (SPD)	19
Per Newsletter: Immer wissen, was den Landtag bewegt	19
Impressum	19
Meldungen	20

Wiederkehrende Rubriken sind in Blau gekennzeichnet.

Auf den Energiemix kommt es an

Deutlicher hätte die jüngste Prognose der Internationalen Energieagentur (IEA) nicht ausfallen können. Bis zum Jahr 2030 werde der weltweite Energiehunger um bis zu 40 Prozent gegenüber dem Jahr 2006 wachsen, gab die Organisation Mitte November bekannt. Die Suche nach zukunftsfähigen Energiekonzepten wird so zu den größten politischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Auch für die Politikerinnen und Politiker im Landtag stellen sich angesichts der globalen Entwicklungen drei grundlegende Fragen: Wie ist die Energieversorgung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten sicherzustellen? Was darf Energie in Zukunft kosten? Und welche Risiken der Energieerzeugung für Umwelt, Klima und Gesellschaft dürfen langfristig eingegangen werden?

Auch wenn die Antworten der politischen Akteure unterschiedlich ausfallen – in einem sind sich alle einig: Mehr denn je kommt es darauf an, den richtigen Energiemix zu finden. Das bedeutet, die Nutzung der bewährten und der noch weitgehend zu erforschenden, neuen Energieträger strategisch aufeinander abzustimmen. Zum einen muss die Effizienz der Energieerzeugung weiter steigen, zum anderen muss es gelingen, den Kohlendioxidausstoß deutlich zu verringern. Für das Energieland Nordrhein-Westfalen ist die Debatte gleich mehrfach von Bedeutung.

WEICHENSTELLUNG

Uneins sind die Landespolitikerinnen und Landespolitiker darüber, ob der heimische Energieträger Steinkohle eine Zukunft hat. Zwar hat die Große Koalition in Berlin schon Anfang 2007 den Ausstieg aus dem subventionierten Bergbau bis zum Jahr 2018 beschlossen, doch soll dieser Beschluss 2012 zur Überprüfung noch einmal auf die politische Tagesordnung kommen. Umstritten bleibt zudem die Frage, inwieweit die Erforschung erneuerbarer Energien und die Weiterentwicklung bestehender Kraftwerkstechnologien dem Energieland NRW auch wirtschaftlichen Fortschritt garantieren. Und nicht zuletzt hängen viele energiepolitische Entscheidungen davon ab, wie die beschlossene Abschaltung der deutschen Atomkraftwerke umgesetzt wird.

All diese Überlegungen machen deutlich: In den nächsten Jahren müssen die Weichen für die Zukunft der Energieversorgung gestellt werden. Ein Thema also, das alle Beteiligten noch viel Energie kosten wird.

SW

Einnahmeausfälle für den Landeshaushalt?

Ohne Erbschaftssteuer fehlten NRW 1,2 Milliarden Euro

12.11.2008 – 1,2 Milliarden Euro im Landeshaushalt 2009 sollen aus der Erbschaftssteuer kommen. Nun haben sich die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD auf eine Reform dieser Steuer verständigt, der die Länder im Bundesrat mehrheitlich zustimmen müssen. Der Stellvertretende Ministerpräsident Andreas Pinkwart (FDP) hat allerdings angekündigt, dass Nordrhein-Westfalen sich hier der Stimme enthalten werde (wie es der Koalitionsvertrag für strittige Fälle vorsieht). In einer Aktuellen Stunde stellte die Opposition daher die Frage: Will die Landesregierung diesen Einnahmeausfall riskieren?

Die SPD-Abgeordnete **Gisela Walsken** betonte, das Geld werde in Nordrhein-Westfalen dringend gebraucht, etwa für Investitionen in Bildung und Betreuung. Die Erbschaftssteuer müsse man unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit betrachten. Der Landesregierung warf die Finanzpolitikerin vor, sie betreibe ein „perfides Doppelspiel“. Ministerpräsident Rüttgers sei öffentlich gegen den Kompromiss eingetreten, rechne aber mit einer Mehrheit im Bundesrat für das Gesetz und daher auch mit den Einnahmen in Höhe von 1,2 Mrd. Euro für den Landeshaushalt. Fairer sei es, forderte Walsken von der Landesregierung, mit offenen Karten zu spielen und zu sagen: „Wir wollen das Geld nicht.“ Die Formulierung „Trittbrettfahrer“ mache deutlich, wie die Landesregierung sich verhalte.

Auch **Volkmar Klein** (CDU) hielt es für wichtig, dass NRW die Einnahmen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro nicht verliere. Außerdem sei momentan nicht die Zeit, in der Geschenke verteilt werden könnten. Bei einem neuen Erbschaftssteuergesetz dürfe man weder zulassen, dass Bürgerinnen und Bürger im Erbfall um ihr Wohnhaus fürchten müssten, noch dass in

großem Maße Arbeitsplätze gefährdet würden. Den Gesetzentwurf könne man allerdings noch nicht abschließend bewerten, weil er noch nicht vorliege. Die nun geplante Reform sei aber besser als der vorherige Entwurf. Dieser nämlich „wäre Enteignung gewesen, die zudem Arbeitsplätze gekostet hätte“. Der Kompromiss sei ein „ziemlich bürokratisches Monster“, man sei aber auf dem Weg zu einem sinnvollen Gesetz.

Im Beitrag seines Vorredners, bemängelte **Johannes Remmel** (Grüne), habe die Landesperspektive gefehlt. Die Mehrheit im Bundesrat für das Reformgesetz sei äußerst knapp. Mit Blick auf ein mögliches Scheitern des Gesetzentwurfs forderte er CDU, FDP und die Regierung auf, „der Öffentlichkeit und dem Parlament eine Antwort zu geben, was das für den Landeshaushalt heißt“. Remmel fragte, woher das Geld für Konjunkturprogramme und Bildung kommen solle. Hier wäre ein „großer Aufschlag“ nötig gewesen, der Kompromiss hingegen sei „kleinkariert“. Der FDP warf Remmel vor, die Zukunftschancen der Länder, die auch mit diesen Geldern verbunden seien, zu verraten. Statt einer Milliarde Euro mehr für Bildung gebe es nun eine Milliarde Euro weniger.

Für die FDP bekräftigte **Angela Freimuth**, dass ihre Fraktion der Reform nicht zustimmen könne. Sie sei unter anderem deshalb inakzeptabel, weil sie den Mittelstand gefährde. NRW solle ein attraktiver Standort sein, an dem Unternehmen investierten und Menschen beschäftigten, forderte sie. Die Besteuerung dürfe keine verzerrende Wirkung auf die Wirtschaft haben, der Staat sich nicht bedienen, der bürokratische Aufwand müsse gering gehalten werden – all diese Voraussetzungen für eine gute Reform seien nicht gegeben. Es handle sich um eine „exorbitante Steuerlast“ und um einen „enormen bürokratischen Aufwand“ bei der Unternehmensübernahme. Auch die Zweckbindungsfrist sei unverhältnismäßig lang, begründete Freimuth die ablehnende Haltung der FDP.

Finanzminister **Dr. Helmut Linssen** stellte klar, dass die Landesregierung die Erbschaftssteuer und auch eine Reform befürworte, auch wenn sie dem Kompromiss nicht uneingeschränkt zustimme.



Johannes Remmel (Grüne)



Angela Freimuth (FDP)



Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU)

Die Landesregierung behalte sich eine sehr genaue Prüfung des Reformgesetzes vor, besonders mit Blick auf die Bürokratie, die Verfassungsmäßigkeit und die vorgeschriebene Gemeinwohlorientierung. Die geplante Reform sei bereits in der jetzigen Ausgestaltung ein großer Fortschritt. Die Opposition solle sich keine Sorgen machen, sagte Linssen. Er sei sehr zuversichtlich, dass am Ende des Jahres ein „ordentlicher Entwurf“ vorliegt. Bis dahin habe die Landesregierung ja auch noch Zeit, Korrekturen vorzulegen.

Der fraktionslose Abgeordnete **Rüdiger Sagel** kritisierte den Kompromiss zur Erbschaftssteuerreform als einen „finanzpolitischen Skandal“ zu Lasten der Länder und auch zu Lasten Nordrhein-Westfalens.“

soW

Fotos: Meyer



Gisela Walsken (SPD)



Volkmar Klein (CDU)

Börsengang der Bahn bremsen?

Grüne fordern, Teilprivatisierung des Konzerns vollständig abzusagen

13.11.2008 – „Die Zukunft der Bahn sind die Fahrgäste und nicht die Börse“, erklärten die Grünen in ihrem Antrag mit dem Titel „Die Achsen des Bösen“ (Drs. 14/7833). Anlässlich der jüngst aufgetretenen technischen Mängel an Hochgeschwindigkeitszügen wiederholten sie ihre Forderung, den geplanten Börsengang der Deutschen Bahn vollständig abzusagen. Die Fraktionen von CDU, SPD und FDP lehnten den Antrag ab. Sie sahen keine Auswirkungen des geplanten Börsengangs auf Sicherheit und Qualität des Bahnverkehrs.

Die Börsenpläne der Bahn, erklärte der Grüne **Horst Becker**, und der damit verbundene Anspruch auf steigende Bilanzgewinne hätten in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass Bahnstrecken und Zugnetz deutlich vernachlässigt worden seien. Auch die Sicherheit bei Signalen, Weichen und Zugmaterial habe gelitten, was insbesondere jetzt zu spürbaren Verspätungen führe. „Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir die Bahn nicht anders orientieren müssen“, so sein Fazit. „Wir müssen die Bahn weg von der Ausrichtung auf einen global agierenden Konzern im Logistikbereich und wieder hin auf die Fahrgäste orientieren.“ Gerade das Bahnland Nordrhein-Westfalen habe diese Position gegenüber Bund und Bahn zu vertreten.

Gerhard Lorth (CDU) führte aus, Plenum und Fachausschüsse des Landtags hätten in den letzten Jahren intensiv über die geplante Bahnreform diskutiert. Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP hätten in diesen Diskussionen „immer den Vorrang der Interessen der Fahrgäste gesehen“. Den Grünen warf Lorth „Panikmache und Hetzkampagnen“ vor. Bereits der Titel des Antrags – „Die Achsen des Bösen“ – sei eine „Unverschämtheit“, da er sich einer „populistischen Terminologie der internationalen

Terrorbekämpfung“ bediene. „Wir lehnen es ab, auf der Grundlage eines so begründeten Antrages überhaupt in eine weitere parlamentarische Debatte einzutreten“, sagte der CDU-Abgeordnete im Namen seiner Fraktion.

Für die SPD meinte **Reinhard Jung**: „Es ist höchste Zeit, dass sich die Kunden in Bahnen und Bahnhöfen sicher fühlen können und auch sicher sind.“ Der Antrag der Grünen nehme in seiner Ausformulierung diese Interessen der Fahrgäste nicht ernst. Die Missstände im Bahnverkehr ließen sich nicht durch eine Abkehr vom geplanten Börsengang beheben. Jung nutzte die Debatte im Landtag aber auch, um die Politik von Verkehrsminister **Oliver Wittke** (CDU) zu kritisieren. Dieser mache im Wesentlichen Politik für Auto und Straße. Wittke weigere sich, Regionalisierungsmittel aufzustocken und schwäche damit nachhaltig den Regionalverkehr in Nordrhein-Westfalen, so der Vorwurf des Sozialdemokraten.

Zum Antrag der Grünen sagte **Christof Rasche** (FDP): „So geht man nicht mit der Deutschen Bahn um. So geht man auch nicht mit dem Eigentümer der Bahn, der Bundesrepublik Deutschland, um.“ Die Qualitäts- und Pünkt-

lichkeitsprobleme der Deutschen Bahn seien bekannt und müssten natürlich behoben werden. Auch die Affäre von Bonuszahlungen an den Bahnvorstand müsse aufgearbeitet werden. All diese Probleme hätten jedoch nichts mit der geplanten Teilprivatisierung der Deutschen Bahn zu tun, auch wenn für den Börsengang momentan der falsche Zeitpunkt sei. Daher, so Rasche, sei es gut, „dass CDU, FDP und SPD ganz klar Stellung gegen den Antrag der Grünen beziehen“.

Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) gab zu Protokoll: „Dieser Antrag ist an Substanzlosigkeit nicht zu toppen.“ Das Papier sei „ein Konglomerat aus Beschimpfungen der Bahn und ihres Managements“. Daher, so Wittke, wolle er lediglich zwei Anmerkungen machen. „Erstens: Der vom Bundesverkehrsminister angestrebte Börsengang ist auf Betreiben der Länder, insbesondere Nordrhein-Westfalens, massiv verändert worden und wird in dieser Legislaturperiode nicht mehr stattfinden. Zweitens: Bevor die Landesregierung einen umfassenden Bericht zur Zukunft der Bahn vorlegt, muss zuerst einmal der Eigentümer, also der Bund, sagen, wie er sich die Zukunft dieses Unternehmens vorstellt.“

SW

Foto: Schälte

Umwandlung der ZVS beschlossen

12.11.2008 – Die 1972 errichtete Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) wird aufgelöst. Das neue Vergabeverfahren soll erstmals zum Wintersemester 2009/2010 angewandt werden. Der entsprechende Gesetzentwurf der

Landesregierung (Drs. 14/7318) wurde mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung von SPD und Grünen angenommen. Gleichzeitig wurde gegen die Kritik seitens der SPD-Fraktion (Drs. 14/7882) beschlossen, eine flexiblere

Gestaltung der Professorengelöhne zuzulassen. Der Staatsvertrag kann erst in Kraft treten, wenn er in allen Bundesländern ratifiziert ist.

Klimaschutz: Motor oder Bremsen wirtschaftlicher Entwicklung?

Schlagabtausch über Umwelt-, Energie- und Wirtschaftspolitik

13.11.2008 – Der OECD-Umweltausblick bis 2030 war auf Antrag von CDU und FDP Thema der Aktuellen Stunde. Waren sich Regierung und Opposition noch einig im Ziel, den Ausstoß des klimaschädlichen Gases Kohlendioxid (CO₂) zu verringern, so stritten sie sich über Wirtschaftlichkeit und Effizienz möglicher Maßnahmen.

Für die CDU betonte **Christian Weisbrich** die Herausforderungen, die angesichts der wachsenden Weltbevölkerung in einer weltweiten Anstrengung gelöst werden müssten. Zur Eindämmung der CO₂-Emissionen sei eine globale Lastenverteilung erforderlich. Es mache keinen Sinn, in Deutschland Millionenbeträge in die

fortzuführen, um durch wirtschaftliche Unterstützung niedrigere CO₂-Emissionen in NRW zu erreichen. Der FDP-Sprecher wies auf die Kosten der doppelten Absicherung hin, die beim Einsatz von Fotovoltaik und Windkraft entstünden. Ebenso wundere er sich, warum man in Deutschland „sichere und saubere“

ern möglich sei. Es gebe konkrete Hinweise für Handlungsfelder. An diesen könne sich die Landesregierung orientieren, denn an ihren Taten werde sie gemessen, so die Abgeordnete.

Überrascht zeigte sich **Johannes Remmel** (Grüne) darüber, wie die Regierungsfractionen das Thema „Umwelt- und Klimaschutz“ angingen. Offensichtlich hätten die Umweltpolitiker dieses Feld der Wirtschafts- und Energiepolitik überlassen. Der OECD-Bericht fordere, alle Instrumente der Finanzierung anzuwenden, um die klimapolitischen Ziele zu erreichen. Subventionen, die Umwelt schädigendes Verhalten in der Landwirtschaft wie in der Energiewirtschaft förderten, seien abzuschaffen. Auf NRW bezogen sah der Grünen-Sprecher ein „Abrutschen“ beim Einsatz umweltschonender Energien im bundesdeutschen Vergleich auf Platz 12. Der Artenschutz werde abgebaut; auf Landschaft und Menschen nehme man keine Rücksicht. NRW verschlefe den Bio-Boom, der neue Wachstumsfelder eröffne. „Schade, dass Sie die



Christian Weisbrich (CDU)

Dietmar Brookes (FDP)

Svenja Schulze (SPD)

Johannes Remmel (Grüne)

Energieministerin Christa Thoben (CDU)

Senkung des CO₂-Ausstoßes um hundert Millionen Tonnen zu stecken, wenn gleichzeitig China eine Milliarde Tonnen mehr ausstoße. Erfolgreicher Klimaschutz bedeute für NRW, Handelserlöse aus versteigerten Verschmutzungsrechten bereitzustellen, um den Klimaschutz in anderen Ländern zu unterstützen und hierzulande Maßnahmen durchzuführen, die ohne öffentliche Mittel wirtschaftlich sind. Der CDU-Sprecher plädierte für brennstoffspezifische Verschmutzungskriterien („Benchmarks“) und für einen breiten Energiemix, um Investitionssicherheit zu schaffen.

Dietmar Brookes (FDP) stellte zu Beginn fest: „NRW ist die größte Industrieregion Europas!“ Wenn die Ziele von Umwelt- und Klimaschutz erreicht werden sollen, müsse man die entsprechende Politik mit Augenmaß betreiben und mit der Wirtschafts- und Energiepolitik verbinden. Es sei auch von umweltpolitischem Interesse, das Kraftwerkerneuerungsprogramm

Atomkraftwerke abschalten wolle, die stark zur Senkung des CO₂-Ausstoßes beitragen könnten. Wie auch sein Vorredner wandte sich Brookes gegen eine vollständige Auktionierung von Emissionszertifikaten.

Die SPD-Abgeordnete **Svenja Schulze** kritisierte dagegen die Regierungsfractionen: „Sie haben den Wählerauftrag, jetzt mehr zu bieten als Diskussionsbedarf.“ Die aktuellen Beiträge machten deutlich, dass es keine Bezüge zu den Notwendigkeiten für NRW gebe. Stattdessen zeige das „Kompetenzgerangel“ zwischen Umweltminister und Wirtschaftsministerin, wie wenig die Herausforderungen verstanden würden. Es lägen doch schon Ergebnisse vor, die auch der OECD-Bericht benenne: „Wir müssen beweisen, dass Klimaschutz ein Fortschrittmotor ist“, so die SPD-Sprecherin. Ein ökologisch verantwortbarer Lebensstil könne auch ein Mehr an Lebensqualität bedeuten. Die Industrieländer müssten vormachen, dass ein Umsteu-

heutige Chance verpasst haben“, so das Fazit des Umweltpolitikers.

Energieministerin Christa Thoben (CDU) verteidigte die Kombination von Umwelt-, Wirtschafts- und Energiepolitik. Konkrete Maßnahmen gegen den Klimawandel seien notwendig, da dieser ansonsten das Fundament für den wirtschaftlichen Fortschritt untergrabe. Daher bekannte sich die Ministerin zu den Klimaschutzziele der EU, die eine Verringerung der CO₂-Emissionen um 20 Prozent vorsähen. Die Landesregierung habe mit dem Kraftwerkerneuerungsprogramm entsprechend reagiert. Allerdings müsse man „Übersteuerungseffekte“ vermeiden. Daher wolle NRW gegenüber Brüssel wie auch dem Bundesumweltminister die spezifischen Anforderungen dieser Wirtschaftszweige deutlich machen. Eine vollständige Auktionierung sei ein massives Investitionshemmnis und verschenke Potenziale der Energieeinsparung.

cw

Alle „Giftzähne“ gezogen?

Landtag nimmt Sparkassengesetz in dritter Lesung an

13.11.2008 – Nach der von der SPD beantragten dritten Lesung war es so weit: Nach über anderthalb Jahren Beratungszeit nahm der Landtag das Sparkassengesetz (Drs. 14/6831) an. Die Opposition befürchtet noch immer „Giftzähne“ privaten Einflusses, die Regierungsmehrheit bestreitet dies. In der zweiten Lesung am 12.11.2008 hatte der Landtag mit Regierungsmehrheit die Beschlussvorlage des Haushalts- und Finanzausschusses (Drs. 14/7844) gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen. Änderungsanträge von SPD (Drs. 14/7884) und Grünen (Drs. 14/7905) lehnte die Parlamentsmehrheit ab. Einzig der Antrag von SPD und Grünen (Drs. 14/7906), die Bezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder im Geschäftsbericht der Sparkasse individualisiert auszuweisen, wurde einstimmig angenommen.

Volkmar Klein (CDU) sah in dem geplanten Gesetz eine gute Grundlage für ein zukunftsorientiertes Wirtschaften der Sparkassen. Einige Formulierungen seien aber zu ändern, um jeden Anlass zu Befürchtungen auszuräumen. Das Gesetz schütze die Sparkassen als „dritte Säule“ im Finanzwesen, indem es ihren öffentlich-rechtlichen Auftrag betone. Zweitens stärke das Gesetz die Verbindung von Kommunen und Sparkassen, denn es bestimme die Zusammensetzung der Verwaltungsräte, ermögliche die Ausweisung von Trägerkapital und regle – abgestimmt mit kommunalen Spitzenverbänden sowie den Sparkassenverbänden – die die Gewinnausschüttung neu. Drittens unterstreiche es aber auch die Eigenverantwortung der Sparkassen insbesondere im Hinblick auf den auflösbaren Verbund Sparkassen – WestLB.

Nicht überzeugt war Gisela Walsken (SPD) von der Argumentation, das Sparkassengesetz schütze die Sparkassen vor privatwirtschaftlichen Eingriffen. Die Zustimmung der SPD knüpfte sie daher an vier festzuschreibende Bedingungen: den Ausschluss eines gesetzlich vorgeschriebenen Verbunds mit der WestLB, den Verzicht auf die Ausweisung des Trägerkapitals, die ausschließlich gemeinwohlorientierte Gewinnausschüttung sowie die automatische Auflösung des Verbunds

zwischen Sparkassen und WestLB im Falle privaten Einflusses auf letztere. Walsken bewertete die Änderungsanträge von CDU und FDP als „Veränderung des Gesetzes in wesentlichen Zügen“. Der breite Protest habe dazu geführt, dass dem Gesetz die „Giftzähne der Privatisierung“ zum Teil gezogen worden seien.

Anschließend unterstrich Angela Freimuth (FDP) nochmals das grundsätzliche Ziel, die Sparkassen zu modernisieren und – auch angesichts der aktuellen Finanzkrise – ihr in der Bevölkerung anerkanntes Geschäftsmodell zu stärken. Es gelte, ihre Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft abzusichern. Mit Blick auf die nunmehr von CDU und FDP eingebrachten Änderungsanträge wies die FDP-Sprecherin darauf hin, dass man seit Beginn der Beratungen erklärt habe, man wolle sinnvolle und konstruktive Verbesserungsvorschläge annehmen. Daher habe man die Anhörung zu diesem Gesetz ernsthaft ausgewertet und alles aufgenommen, was die Zielsetzung nicht gefährde. Allerdings machten die nunmehr vorgelegten „Präzisierungen“ für Freimuth auch deutlich, dass die Befürchtungen unbegründet gewesen seien.

Die vorgelegten Änderungen bewertete Sylvia Löhrmann (Grüne) hingegen als „faktische Niederlage“ für Teile der CDU und für die FDP. Die Regierung habe beabsichtigt, eine schleichende Privatisierung der Sparkassen zu ermöglichen. Dieses Unterfangen sei durch breite Proteste der Bevölkerung vereitelt worden. Vor diesem Hintergrund lobte die Grünen-Sprecherin den Verzicht auf die rechtliche Regelung des Verbundes Sparkasse – WestLB, die neuen Gestaltungsspielräume hinsichtlich der Zentralbankfunktion der WestLB, die wieder aufgenommene Gemeinwohlorientierung bei der Ausschüttung sowie die Regelung der Auswirkungen stiller Einlagen. Die unzureichende Veränderung des Gesetzes im Bereich Trägerkapital mache es den Grünen allerdings unmöglich, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ob des Lobes vonseiten der Grünen zeigte sich Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) zufrieden. Mit der nun beratenen Vorlage erhielten die Sparkassen ein modernes und zukunftsweisendes Gesetz, das – so betonte er – eine Privatisierung ausdrücklich ausschließe: Die Sparkassen würden als „Anstalten des öffentlichen Rechts“ festgeschrieben, außerdem gebe es keine Übertragbarkeit des Trägerkapitals. Und der Sparkassenverbund basiere auf freiwilligen Entscheidungen. Des Weiteren gebe es keine Abnahmeverpflichtung für Produkte der WestLB durch die Sparkassen. Vor diesem Hintergrund wertete er den Änderungsantrag der Grünen als „überflüssig“.

CW

Foto:Schälte

Neues Heimrecht soll Individualität sichern

Das Ziel: Mehr Teilhabe und Selbstbestimmung

12.11.2008 – Mehr Individualität, Teilhabe und Selbstbestimmung sind die Ziele der „Umsetzung der Föderalismusreform auf dem Gebiet des Heimrechts“ (Wohn- und Teilhabegesetz, Drs. 14/6972), darin stimmten alle Fraktionen überein. Die Grünen jedoch zweifelten an der Umsetzung.

Zu Beginn erinnerte **Rudolf Henke** (CDU) an die Ergebnisse der Enquete-Kommission von 2004, die in den vorliegenden Gesetzesentwurf eingegangen seien. Im Mittelpunkt der Pflege müsse „der Mensch, seine Würde und die Gewährleistung dieser Würde auch zu Zeiten fortgeschrittener Schwäche und Hilfebedürftigkeit“ stehen. Um dies zu gewährleisten, müssten stationäre Einrichtungen modernisiert und Pflegeeinrichtungen neu gestaltet werden, und zwar orientiert an den Kriterien der Überschaubarkeit, der Integration in das Gemeinwesen, der Wohnlichkeit und der Sicherung von Individualität. Die Träger müssten den Bewohnerinnen, Bewohnern und ihren Familien mit mehr Informationsmöglichkeiten entgegenkommen. Mit der Föderalismusreform habe man die Chance erhalten und genutzt, das Heimrecht in NRW gemäß diesen Grundsätzen innovativ zu regeln.

Lob kam auch von **Norbert Killewald** (SPD). Die Regierung, insbesondere Sozialminister Laumann, habe bei diesem Thema den „breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens“ über parteipolitische Grenzen hinweg gesucht. Trotz der Bereitschaft zur Zusammenarbeit wolle die SPD mit einem eigenen Entschließungsantrag Signale setzen. Danach soll die Landesregierung zeitnah über wesentliche Ergebnisse im Umsetzungsprozess unterrichten sowie Sachverständige angemessen beteiligen. Langfristig solle jede Bewohnerin und jeder Bewohner einer Einrichtung ein eigenes Zimmer haben können, falls gewünscht. Die Auswirkungen des Wohn- und Teilhabegesetzes auf das Landespflegegesetz sollten bei dessen Evaluierung einbezogen werden, forderte Killewald. Die Kommunen

seien mit geeigneten Steuerungsinstrumenten für eine adäquate Pflege auszustatten.

Die gute Zusammenarbeit aller Fraktionen bestätigte auch **Dr. Stefan Romberg** (FDP). Für die grundsätzliche Zielsetzung des Gesetzesentwurfs gebe es breite Zustimmung. Aus eigener Erfahrung im Rahmen seiner ärztlichen Tätigkeit liege ihm allerdings besonders am Herzen, dass der Betreiber einer Einrichtung nicht nur die ärztliche, sondern auch die haus- und fachärztliche Betreuung sicherstellen müsse. Es gehe darum, dass „Menschen auch im Falle der Behinderung oder Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich im vertrauten Wohnumfeld



Norbert Killewald (SPD)



Dr. Stefan Romberg (FDP)



Barbara Steffens (Grüne)

leben können“. Ebenso positiv sei die erhöhte Transparenz in den Pflege- und Betreuungseinrichtungen zu bewerten. Für die FDP sei es weiterhin von besonderer Bedeutung, dass neue Wohnformen im ambulanten Bereich in Zukunft als Alternative zu stationären Angeboten ausgebaut würden.

Die Grünen-Abgeordnete **Barbara Steffens** kritisierte, der Titel des Gesetzes klinge zwar gut, beinhalte faktisch jedoch keine Verbesserungen für die Menschen in NRW. So werde im Gesetz zwar auf die Bestimmungen der Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen verwiesen, eine faktische Umsetzung dieser Rechte werde allerdings nicht gefordert. Weiterhin gebe es bei den Pflegesatzverhandlungen zwar ein Mitspracherecht für Vertreterinnen und Vertreter der Kassen und der kommunalen Träger, nicht aber für die Betroffenen. Zudem würden die im Landespflegegesetz festgelegten Standards mit diesem Gesetz unterwandert und neue Wohnformen massiv gefährdet. Daher forderte Steffens die anderen Fraktionen auf, eine dritte Lesung zu beantragen und sich nochmals mit dem Änderungsantrag der Grünen zu befassen.

Sozialminister **Karl-Josef Laumann** (CDU) begrüßte, das Wohn- und Teilhabegesetz auf der Grundlage eines breiten politischen und gesellschaftlichen Dialogs abschließen zu können. Der nordrhein-



Fotos: Meyer

Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU)

westfälische Landtag verabschiede damit das modernste Heimrecht in der Bundesrepublik Deutschland. Vor allem Behinderteneinrichtungen, in denen Menschen oft 60 Jahre ihres Lebens verbrächten, stünden im Mittelpunkt des Gesetzes. Ziel sei, möglichst viel Individualität und Selbstbestimmung zu gewährleisten. Dazu zählten auch Mitbestimmungsrechte bei der Organisation des Lebens in der Einrichtung. Die Kritik der Grünen wies Laumann mit dem Verweis darauf zurück, welche Situation er in den Einrichtungen vorgefunden habe. *Anica Bömke*

Die Beschlussempfehlung – Drs. 14/7819 – wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP angenommen und der Gesetzesentwurf in zweiter Lesung verabschiedet. Die Entschließungsanträge der Grünen – Drs. 14/7896 – und der SPD – Drs. 14/7898 – wurden abgelehnt, der Entschließungsantrag von CDU und FDP – Drs. 14/7901 – angenommen.

„Auftakt zur Landtagswahl 2010“

Hitzige Debatte über den Umgang mit der Linkspartei

13.11.2008 – Eine emotionale Debatte lieferten sich die Fraktionen mit Blick auf die Landtagswahl im Jahr 2010. Die Regierungsfractionen von CDU und FDP forderten in einem Antrag, „politischen Extremismus nicht hoffähig zu machen“ (Drs. 14/7824). Sie verlangten von allen Parteien und damit auch von der SPD, sich klar gegen eine Koalition mit der Linkspartei zu positionieren. In ihrem Antrag bezogen sich CDU und FDP auf die gescheiterte Regierungsbildung von SPD, Grünen und Linken in Hessen sowie auf ein Zitat der hessischen SPD-Abgeordneten Carmen Everts. Diese hatte unter anderem erklärt, die Linke habe „ein gespaltenes bis ablehnendes Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“. SPD und Grüne reagierten empört auf den Antrag. Beide Fraktionen erklärten, sie würden sich Koalitionsoptionen nicht vorschreiben lassen.

Zum Zitat der hessischen SPD-Abgeordneten meinte Helmut Stahl (CDU): „Trifft die Aussage zu, dann ist das von großer Tragweite für die Zukunft der parlamentarischen Demokratie in Deutschland.“ Der nordrhein-westfälischen SPD-Chefin Hannelore Kraft warf der CDU-Politiker vor, sich nicht klar genug gegen die Linkspartei abzugrenzen: „Sie wollen die Tür für eine Koalition mit dieser antikapitalistischen, antiparlamentarischen Partei erkennbar offenlassen.“ Außer „ein paar oberflächlich blubbernden Standardformulierungen“ sehe er bei der SPD „keine substantielle, keine inhaltliche und keine programmatische Auseinandersetzung mit der Linken“, die letztendlich die demokratische Gesellschaftsordnung ablehne. Nach dem Wahldebakel in Hessen hätten die Menschen einen Anspruch zu erfahren, wie es die SPD mit dieser Partei halte, so der CDU-Fraktionsvorsitzende.

Kein anderes landespolitisches Thema, erklärte Dr. Gerhard Papke (FDP), habe Deutschland in den letzten Monaten so sehr beschäftigt wie die „drohende Machtübernahme“ der Linkspartei in Hessen. Dabei gehe es um die Grundsatzfrage: „Wollen und dürfen wir akzeptieren, dass extremistische politische Gruppierungen, an deren Verfassungstreue begründete Zweifel bestehen, die Hand an die Hebel der Macht in Deutschland legen?“ Diese Frage sei mit einem klaren Nein zu beantworten, so der FDP-Fraktionsvorsitzende. Mit dem Antrag der Regierungsfractionen könne der Landtag ein Zeichen setzen, doch die SPD wolle die Koalitionsoption einer Koalition mit den Grünen und der Linkspartei nicht ausdrücklich ausschließen. Papke forderte die SPD-Fraktionsvorsitzende Kraft auf: „Stellen Sie sich der Debatte.“

„Es gibt keine Partei in Deutschland, die eine so lange demokratische Tradition hat wie die

deutsche Sozialdemokratie“, konterte Edgar Moron (SPD). Die Sozialdemokraten seien in ihrer Geschichte immer wieder von der extremen Rechten und der extremen Linken bekämpft worden – „und wir müssen uns von Ihnen anhören, wie wir mit Extremisten umgehen sollen? Was erlauben Sie sich eigentlich?“ Den Regierungsfractionen gab Moron eine Mitschuld am Aufkommen der Linkspartei: „Eine Koalition, die auf der einen Seite Bildungsgerechtigkeit propagiert und auf der anderen Seite Studiengebühren einführt, führt denen doch Neuwähler zu.“ Moron erklärte zur Koalitionsfrage: „Wir schauen uns das Wahlergebnis an. Dann fragen wir: Mit wem können wir eine verlässliche Politik machen? Mit wem werden wir Hannelore Kraft zur Ministerpräsidentin wählen?“

Im Antrag von CDU/FDP sah Reiner Priggen (Grüne) den „Auftakt der Landtagswahldebatte 2010“. Er suchte nach Gründen für den Zulauf bei der Linken: „Die Gewerkschafter von IG Metall und ver.di gehen zu dieser Partei, weil sie von der Politik der Sozialdemokraten und der rot-grünen Bundesregierung enttäuscht waren. Diese Leute haben keine Sehnsucht nach Stasi und nach Mauerbau. Sie

sind von der spürbaren Ungleichgewichtigkeit in unserer Gesellschaft getrieben worden.“ Der FDP warf Priggen vor, Angst vor einer Jamaika-Koalition zu haben: „Ihre zutiefst unsoziale und auf Selektion angelegte Bildungspolitik wäre dann überhaupt nicht mehr machbar.“ Für seine Fraktion erklärte er: „Ich schließe keine Koalition aus, sondern wähle danach, ob ich ein Maximum an grüner Politik umsetzen kann.“

Als „durchsichtiges Schauspiel“ kritisierte Rüdiger Sagel (fraktionslos) die Debatte. Die Linkspartei stehe „fest auf dem Boden der Verfassung“. Sagel forderte die Regierungsfractionen auf: „Untersagen Sie endlich, dass die Linke vom Verfassungsschutz beobachtet wird! Das ist und bleibt ein Skandal.“

SW

Fotos: Schälte



Von Kohle und Kernkraft

Energieausschuss besuchte Atomkraftwerk und Steinkohlenbergbau

Fotos: Wuwer

6./7.11.2008 – Ins nordrhein-westfälische Ibbenbüren und ins niedersächsische Lingen machte sich der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU) auf den Weg. Abgeordnete aller vier Fraktionen besuchten gemeinsam den Steinkohlenbergbau der RAG Anthrazit GmbH Ibbenbüren und das Kernkraftwerk Emsland der RWE Power AG. Vor Ort informierten sie sich über aktuelle Entwicklungen auf den Energiemärkten und über die Praxis der Energieerzeugung durch Kernkraft und Kohle.

Nach dieser Fahrt wird sicherlich kein Abgeordneter seine Meinung zu energiepolitischen Fragen geändert haben“, erklärte der Ausschussvorsitzende Franz-Josef Knieps im Bus nach Lingen. „Doch die Fahrt kann dazu beitragen, dass wir unterschiedliche Positionen besser verstehen.“ Schließlich habe das Thema Energiepolitik für Nordrhein-Westfalen höchste Priorität, so Knieps, der sich für eine „ideologiefreie Diskussion“ über die Zukunft der Energieversorgung aussprach. Dies forderte in Lingen auch Oberbürgermeister Heiner Pott: „Lassen Sie uns Ideologie beiseite schieben und über Fakten sprechen“, so seine Einladung an die Ausschussmitglieder der vier Landtagsfraktionen. Im Informationszentrum des Kraftwerks machte Pott die Bedeutung der Atomenergie für den Wirtschaftsstandort deutlich und betonte, die Bürgerinnen und Bürger in der Nachbarschaft brächten dem Werk „ein ausgesprochen hohes Vertrauen“ entgegen.

Kurz nach der Begrüßung erhielten die Abgeordneten die seltene Gelegenheit, persönlich die seit 20 Jahren betriebene Anlage zu besichtigen. In Kleingruppen erkundeten sie das Werk von der Maschinenhalle über die Kontrollwarte des Reaktors bis hin zum kraftwerkseigenen Zwischenlager. Pro Jahr erzeugt das Kraftwerk nach Angaben der Betreiber rund 1.400 Megawattstunden Strom. Im gleichen Zeitraum fallen rund drei Castorbehälter mit radioaktiven Reststoffen an. Diese sollen solange auf dem Gelände gelagert werden, bis in Deutschland die Frage nach einem geeigneten Endlager beantwortet ist.

Im Anschluss an den Kraftwerksbesuch sprach sich Dr. Gerd Jäger, Vorstandsmitglied

der RWE Power AG, dafür aus, die Erkundung der potenziellen Lagerstätten im niedersächsischen Gorleben weiter voranzutreiben. Zugleich betonte er, die Kernenergie werde aus Konzernsicht „nicht zum Selbstzweck“ betrieben. Ziel der Energiepolitik müsse vielmehr eine wettbewerbsfähige und sichere Stromversorgung für Deutschland bleiben. In diesem Sinne sei für ihn die Kernenergie derzeit unverzichtbar, auch wenn der Ausbau regenerativer Energien durch Forschung und Entwicklung forciert werden müsse.

SPEKTAKULÄRE EINBLICKE

Von der Kernkraft zur Kohle führte die Dienstreise den Ausschuss am nächsten Morgen. Im Bergwerk Ibbenbüren empfing Bernd

Tönjes die Abgeordneten „mit einem herzlichen Glückauf“. Der Vorstandsvorsitzende der RAG Aktiengesellschaft nutzte den Besuch der Abgeordneten, um den vereinbarten Ausstieg von Bund und Land aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau zu thematisieren. Tönjes äußerte in dem Gespräch die Hoffnung, dass im Jahr 2012 neu darüber gesprochen werde. Für die Menschen in Ibbenbüren und in der Region bleibe der Bergbau weiterhin größter Arbeitgeber, so der Vorstandsvorsitzende: „Auf jeden Arbeitsplatz im Bergbau kommen statistisch gesehen weitere 1,3 Arbeitsplätze in der Mantelindustrie.“ Der Erhalt des Bergbaus sei außerdem wichtig, um deutsche Technologien besser auf den Weltmärkten vertreiben zu können.

Die von Abgeordneten angesprochene Möglichkeit eines fortgeführten deutschen Bergbaus ohne staatliche Subventionen hielt Tönjes für „eine extrem schwierige Frage“. Ob dies gelingen könne, hänge unter anderem davon ab, auf welchem Niveau sich die Preise für Steinkohle auf den Weltmärkten einpendeln würden. Für verlässliche Prognosen sei es zum jetzigen Zeitpunkt noch zu früh, sagte Tönjes. Hunderte Meter „unter Tage“ und in Bergmannskluft besichtigte die Delegation schließlich den rund 13 Millionen Euro teuren Neubau eines Kohlebunkers, in dem bis zu 7.500 Tonnen abgebauter Steinkohle zwischengelagert werden können. Für die Ausschussmitglieder war dies ohne Frage ein spektakulärer und ebenso informativer Einblick in die Praxis des Bergbaus. SW

Über den Entwicklungsstand erneuerbarer Energien hatte sich der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie bereits Ende August 2008 informiert. Die Abgeordneten besuchten unter anderem zwei Hersteller von Windkraftanlagen in Norddeutschland, das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und die Deutsche Solar AG im sächsischen Freiberg.



In Bergmannskluft führen die Abgeordneten in die Zeche ein.

Schlag auf Schlag

„Landtag intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Lutz Lienenkämper (CDU)



Norbert Römer (SPD)



Die Dienstfahrt mit dem Wirtschaftsausschuss nach Lingen und Ibbenbüren hat mir gezeigt, dass...

... die Atomenergie in Deutschland verantwortungsvoll und auf höchstem Sicherheitsstandard betrieben wird und die Forschungskompetenz dafür hierzulande erhalten und weiter verbessert werden sollte.

... es klug ist, auf heimische Energieträger zu setzen und damit eine langfristige Wertschöpfung und Energieversorgung in NRW zu sichern. Unsere heimischen Energieträger sind Braunkohle, Steinkohle und ein ständig steigender Anteil erneuerbarer Energien.

Der Ausstieg aus dem heimischen Steinkohlenbergbau 2018 ist ...

... sinnvoll und im Interesse von NRW.

... nicht zu erwarten. Die aktuelle Entwicklung auf den Weltenergiemärkten zeigt uns, dass es das Gebot kluger Vorsorgepolitik ist, auf die heimische Steinkohle zu setzen. Hinzu kommt, dass sich die Schere zwischen Produktionskosten und Weltmarktpreisen immer mehr schließt. Es bleibt dabei: Unsere Kohle hat Zukunft.

Eine verlängerte Laufzeit von Atomkraftwerken halte ich für ...

... notwendig, um Energie in einem sinnvollen Mix aus Kohle, Gas, Atom und Regenerativen sicher, sauber und bezahlbar zur Verfügung zu stellen.

... nicht vernünftig. Aus gutem Grund wurde in enger Abstimmung mit der Energiewirtschaft der planmäßige Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. NRW ist vor Jahren aus gutem Grund aus der Atomenergie ausgestiegen. Es würde NRW schwer schaden und Investitionen in neue Energietechnologien behindern, wenn jetzt davon abgewichen würde.

Regenerative Energieträger bedeuten für das Energieland NRW ...

... eine Chance, den CO₂-Ausstoß zu verringern und uns mit Innovationen und guten Ideen an die Spitze des Fortschritts zu setzen.

... einen immer wichtiger werdenden Beitrag zur heimischen Energieversorgung. Erneuerbare Energien sind weltweit heimisch. Erneuerbare Energien sind der Exportschlager der Zukunft. Die schwarz-gelbe Landesregierung schadet mit ihrer Politik gegen die Windenergie und andere Erneuerbare Energien dem Standort NRW und vertreibt Investoren.

Die Energiekonzerne in NRW müssen in den kommenden Jahren ...

... ihr Kraftwerkserneuerungsprogramm fortsetzen und ihre Preispolitik zugunsten der Kunden überprüfen.

... näher ran an die Menschen in NRW. Es kommt darauf an, die Energiezukunft Nordrhein-Westfalens im Dialog zu gestalten. Dazu gehören angemessene Energiepreise, mehr Wettbewerb, die Abschaltung alter Kraftwerke und die Errichtung neuer Kraftwerke, so weit möglich in Kraft-Wärme-Kopplung.

Hinsichtlich der Energieversorgung liegt die Verantwortung der Kreise und Kommunen in ...

... verstärkten Anstrengungen bei der Energieeffizienz.

... ihrer hohen Kompetenz vor Ort. So können sie mit eigenen Gebäuden, ganz gleich ob Schule, Verwaltung, Sporthalle oder Schwimmbad, ein Beispiel geben. Wir müssen ihnen helfen zu zeigen, dass energiesparende Investitionen kein Luxus sind, sondern helfen, gleichzeitig Geld zu sparen, das Klima zu schützen und Arbeitsplätze vor Ort zu sichern.

Verbraucherinnen und Verbraucher müssen mit Blick auf den Klimawandel ...

... noch mehr als bisher auf einen sparsamen und effizienten Energieverbrauch achten – die öffentliche Hand sollte dabei aber zielgenauer und noch effektiver als bisher beraten.

... unterstützt werden. Vielen Produkten kann man heute noch nicht ansehen, wie teuer sie den Verbraucher über ihre Lebenszeit zu stehen kommen. Viele Mieter erfahren erst, nachdem sie in eine Wohnung eingezogen sind, welche Heizkosten tatsächlich auf sie zukommen. Deshalb brauchen wir eine gute und transparente Verbraucherberatung.

Diesmal sind es die energiepolitischen Sprecher der Fraktionen.

Dietmar Brockes (FDP)



Reiner Priggen (Grüne)



... in deutschen Kernkraftwerken und Bergwerken enorme Sicherheits- und Arbeitsschutzvorkehrungen herrschen.

... zu spät, da aufgrund der geologischen Lage, die deutsche Steinkohle nie wettbewerbsfähig abgebaut werden kann. Wir sollten unsere Landesmittel besser schnellstmöglich in Bildung und Innovation investieren.

... zwingend notwendig, da wir ansonsten in eine Stromlücke hineinlaufen und teuren ausländischen Strom beziehen müssen. Warum sollen wir auf eigenen Strom aus Kernkraft verzichten und stattdessen französischen oder tschechischen Atomstrom einkaufen? Dies wäre weder günstiger noch sicherer.

... ein wichtiges Wachstumsfeld. Die Erneuerbaren Energien müssen jedoch dringend wettbewerbsfähig werden.

... in die Erneuerung des Kraftwerkparks investieren und durch mehr Wettbewerb stärker unter Druck gesetzt werden.

... ihrer Vorbildfunktion. Wir können nur das vom Bürger verlangen, was wir selbst vormachen. Auch kommunale Gebäude müssen deshalb effizienter im Umgang mit Energie werden.

... effizienter mit Energie umgehen. Möglichkeiten sehe ich dabei insbesondere bei der Gebäudesanierung.

... unsere Deutschland-Reise „Erneuerbare Energien“ wesentlich zukunftsorientierter war als diese Reise in die energiepolitische Vergangenheit und Hoffnung machte, dass wir die Herausforderungen der Zukunft meistern können und mit Erneuerbaren Energien große Chancen auf den Märkten der Zukunft haben.

... unter den gegebenen ökonomischen Bedingungen richtig. Er ist vor dem Hintergrund der Interessen aller Beteiligten ein akzeptabler Kompromiss, auch wenn der Ausstieg ohne Entlassungen schneller zu bewerkstelligen wäre.

... eine falsche Entscheidung. Die Endlagerfrage ist ungelöst, die Lagerung in Salzstöcken offensichtlich ungeeignet. Es ist unerlässlich, dass die süddeutschen Länder die rückholbare Lagerung in Gesteinsformationen als mögliche Lösung akzeptieren.

... eine riesige Chance, vor allem auch für den Export, aber NRW hat ja gerade bescheinigt bekommen, dass es im Ranking der Bundesländer nur auf Platz 12 liegt. Das ist ein großes Versagen der Koalition von CDU und FDP.

... dazu gebracht werden, ihre Blockademöglichkeiten gegen neue Marktteilnehmer im Gas- und Strommarkt aufzugeben. Die Regierungsfaktionen müssten endlich bereit sein, sich hier für ein Mehr an Markt und Wettbewerb einzusetzen, statt fortwährend die alten Oligopole zu schützen.

... den drei E: Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und Erneuerbare Energien. Es ist Verantwortung der Kommunen, sich für eine sichere, umweltverträgliche und bezahlbare Energieversorgung einzusetzen. Niemand darf sich vor dieser Verantwortung drücken.

... sparsamer werden in ihrem persönlichen Energieverbrauch. Sie müssen kritischer werden als Kunden oder Konsumenten und bei Anschaffungen nicht nur den günstigen Kaufpreis, sondern auch die Energiekosten über die Laufzeit einer Anschaffung in die Kaufentscheidung einbeziehen.

Schlag auf Schlag

Idee und Umsetzung:
Sebastian Wuwer und
Christoph Weißkirchen.

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Die Ankündigung in der Presse, Nordrhein-Westfalen wolle bis zum Jahr 2020 rund acht Milliarden Euro in die Sanierung und Modernisierung der Hochschulen investieren, beschäftigte auf Antrag der SPD-Fraktion den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** (Vorsitz Ewald Groth, Grüne). Zur Debatte stand in einer Aktuellen Viertelstunde die Meldung, dass der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes (BLB) die Investition finanzieren und die Mittel dafür aus Erhöhungen der Hochschulmieten erhalten solle. Der SPD-Abgeordnete Karl Schultheis wollte wissen, ob die Landesregierung den Hochschulen zusätzliche Mittel für die steigenden Mieten zur Verfügung stelle. Wissenschaftsminister Prof. Andreas Pinkwart (FDP) berief sich auf laufende Gespräche mit dem Finanzministerium und dem BLB und stellte in Aussicht, möglichst bis Ende des Jahres das Konzept vorzustellen. Vor einer konkreten Vereinbarung über die Größenordnung des Programms wolle er sich öffentlich nicht äußern, so der Minister.

+++

Kritischen Fragen der Oppositionsfraktionen musste sich Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) im **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) stellen. Abgeordnete von SPD und Grünen hielten dem Minister „Amts- und Machtmissbrauch“ vor. Er habe strafrechtliche Ermittlungen der Justiz gegen einen ehemaligen Abteilungsleiter seines Ministeriums beeinflusst, so der Vorwurf. Die Oppositionsfraktionen verlangten von Uhlenberg und den Mitarbeitern des Ministeriums detaillierte Informationen über den Vorgang. Minister Uhlenberg wies die Anschuldigungen vehement zurück und sprach von „ungeheuerlichen Vorwürfen gegen die Landesregierung“. Es habe keinerlei politischen Einfluss auf das Strafverfahren gegen den ehemaligen Abteilungsleiter gegeben, erklärte Uhlenberg. Unterstützung im Ausschuss erhielt er von den Abgeordneten der Regierungsfaktionen. Diese warfen der Opposition vor, dem Umweltminister um jeden Preis schaden zu wollen.

Der Rhein-Ruhr-Express (RRX) soll rollen. Die Planungen für das Bahnprojekt würden konkrete Formen annehmen, sagte Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) im **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD). Die Vorentwürfe der Deutschen Bahn seien für die Abschnitte der neuen Verbindung zwischen Köln und Duisburg abgeschlossen und auf der weiteren Strecke bis Dortmund kurz davor, so Wittke. Insgesamt müssten auf 37 Kilometern neue Gleise verlegt werden, um den steigenden Anforderungen im Verkehrsaufkommen gerecht zu werden. Pro Tag sollen bis zu 37.000 Fahrgäste mehr als bisher auf der Strecke unterwegs sein. Die Abgeordneten im Ausschuss begrüßten die Ausführungen des Ministers. Wie Experten der Deutschen Bahn im

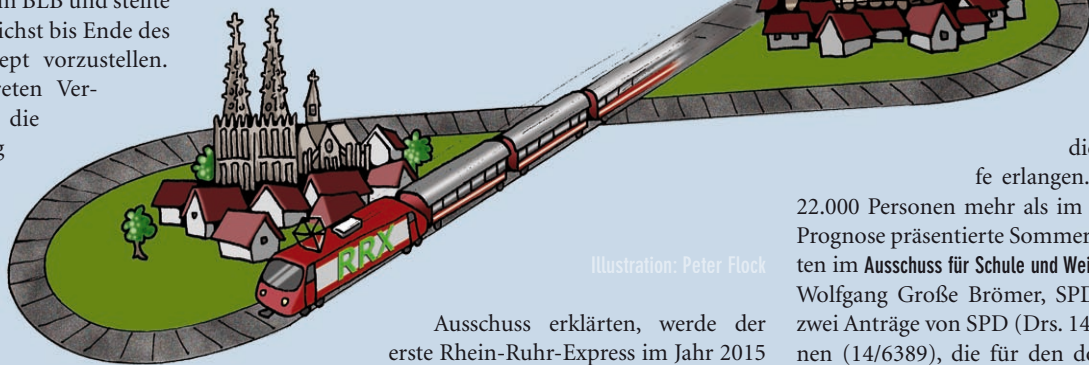


Illustration: Peter Flock

Ausschuss erklärten, werde der erste Rhein-Ruhr-Express im Jahr 2015 fahren – vorausgesetzt, die weitere Planung laufe ideal.

+++

Das Vergabeverfahren der Mittel aus dem EU-Ziel-2-Programm zur Unterstützung der Wirtschaftsstruktur stand im Mittelpunkt einer Debatte im **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU). Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) erklärte, das Wettbewerbsverfahren habe sich bewährt. Die Opposition hielt der Ministerin dagegen vor, das Verfahren sei kompliziert, undurchsichtig und langsam. Zudem würden sich die Wettbewerbsbedingungen ständig ändern, so dass bislang erst knapp 42 Millionen Euro aus dem Programm verausgabt worden seien. Die Antragsformalitäten überforderten oftmals die kleinen und mittelgroßen Unternehmen, machten SPD und Grüne deutlich. Wirtschaftsministerin Thoben hielt der Kritik entgegen, es habe allein im Jahr 2008 über 1.400 Projektideen mit rund 5.000 Kooperationspartnern gegeben. Mehr als ein Viertel dieser Projekte seien zur Förderung empfoh-

len worden. Jetzt gehe es darum, bis zum Jahresende möglichst viele Ideen bewilligungsreif zu gestalten, versprach die Ministerin. Im Topf zur Wirtschaftsförderung befinden sich für Nordrhein-Westfalen laut Wirtschaftsministerium rund 312 Millionen Euro EU-Mittel, 144 Millionen Euro Landesmittel und weitere 600 Millionen Euro von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Kommunen.

+++

Mit 115.000 Studienanfängerinnen und -anängern aus NRW rechnet Schulministerin Barbara Sommer (CDU) für das Jahr 2013, wenn zeitgleich zwei Abiturjahrgänge die Hochschulreife erlangen. Das seien rund

22.000 Personen mehr als im Jahr 2012. Diese Prognose präsentierte Sommer den Abgeordneten im **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD). Anlass gaben zwei Anträge von SPD (Drs. 14/6324) und Grünen (14/6389), die für den doppelten Abiturjahrgang 2013 ein „Chaos“ bei der Ausbildungs- und Studienplatzsuche befürchteten. Durch die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit von neun auf acht Jahre werden 2013 zwei Jahrgänge die Schulen verlassen. Die Oppositionsfraktionen fordern die Landesregierung auf, ausreichende Kapazitäten an den Hochschulen zu schaffen. Schulministerin Sommer erklärte, die Prognosen würden keinen Anlass für entsprechende Befürchtungen bieten. Zugleich verwiesen Abgeordnete der Regierungsfaktionen von CDU und FDP auf bereits laufende Maßnahmen wie die Gründung neuer Fachhochschulen und den Ausbau bestehender Universitäten.

+++

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependence des Landtags, der Villa Horion, ist für den 8. Dezember 2008 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter der Nummer (0211) 884-4444 erforderlich.

Mehr Geld zur Stabilisierung der Konjunktur

Landtagsausschuss berät Haushaltsergänzung und die Zukunft der WestLB

27.11.2008 – Die Ergänzung zum Haushalt und die Zukunft der Landesbanken waren die beiden zentralen Themen im Haushalts- und Finanzausschuss. Zum ersten Punkt wurde eine Verschiebung der Haushaltsberatung beschlossen, zum zweiten Punkt hatten die Regierungsfractionen nach dem Treffen der Ministerpräsidenten am 26.11.2008 einen entsprechenden zusätzlichen Tagesordnungspunkt beantragt.

Regionale Zusammenschlüsse“ und „funktionales Aufteilen von Geschäftsfeldern“: In diese Richtung soll nach Finanzminister **Dr. Helmut Linssen** (CDU) die Zukunft der sieben verbliebenen Landesbanken gehen. Das bedeutet: Zwei oder mehrere Landesbanken gehen zusammen, und sie geben Geschäftsfelder ab oder nehmen neue hinzu. Der Finanzminister bewertete die Lage nach dem gestrigen Treffen positiv: „Die Notwendigkeit von Zusammenschlüssen wird von allen nun deutlicher gesehen.“ Auch die Sparkassenverbände in NRW hätten ja eine entsprechende Meinung. Allerdings sei die wirtschaftliche Lage der einzelnen Landesbanken sehr unterschiedlich. Auch andere habe nun die Krise am Finanzmarkt ereilt. Linssen zog daraus den Schluss, es sei gut gewesen, dass WestLB und die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) 2007 nicht zusammengegangen seien. Dies auch aufgrund des unterschiedlichen Geschäftsmodells.

In der Debatte wurden die Aussagen des Finanzministers von Mitgliedern der Opposition heftig kritisiert. „Sie kommen mit leeren Händen zurück“, kommentierte **Ewald Groth** (Grüne) die Berichterstattung des Finanzministers über das Spitzengespräch. Als Grüne habe man vor zwei Jahren ein Zusammengehen mit der LBBW favorisiert, aber natürlich nur nach entsprechender Prüfung der Bilanzen. Auf jeden Fall fehle heute ein Konzept der

Landesbank in NRW, zur Sicherung der dortigen Arbeitsplätze sowie des Bankenstandorts Düsseldorf.

Gisela Walsken (SPD) bemängelte, es sei unklar geblieben, mit wem und wie man eine Fusion eingehen wolle; bisherige Fusionspläne für die WestLB seien gescheitert und nun sei das Klima insbesondere zwischen den unionsgeführten Ländern in dieser Frage augenscheinlich „vergiftet“. **Rüdiger Sagel** (fraktionslos) bewertete das Verfahren als „intransparent“.

Die Vertreter der CDU, **Volkmar Klein** und **Christian Weisbrich**, begrüßten dagegen, dass der Finanzminister nicht öffentlich über mögliche Fusionen „spekuliere“. Außerdem sei es schon schwer genug, die für den Schutzschirm des Bundes geforderte Eigenkapitalquote von acht Prozent zu stemmen. **Dr. Robert Orth** ergänzte für die FDP, man könne wohl nicht einfordern, dass diese Landesregierung die weltweite Finanzkrise löse.

ERGÄNZUNG ZUM HAUSHALT 2009

In Anbetracht der erwarteten Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die reale Wirtschaft und damit auf die Einnahmen und Ausgaben des Landes legte die Landesregierung eine Ergänzung zum Haushalt 2009 vor (die mit Vorlage im Landtag offiziell eingebracht ist). Der Finanzminister erläuterte dem Haushaltsausschuss die

neuen Eckdaten. Als Konsequenz wurde hierzu für den 15. Januar 2009 eine Anhörung beschlossen. Die zweite Lesung und dritte Lesung im Plenum soll am 28./29./30.1. bzw. 11./12.2.2009 erfolgen. Gleiches gilt für das Gemeindefinanzierungsgesetz wie auch für den dritten Nachtrag für das Haushaltsjahr 2008 (der in der Plenarsitzung vom 3./4. Dezember 2008 offiziell eingebracht wird).

Wie der Finanzminister erläuterte, gehe es im Kern darum, die Steuermindereinnahmen, die sich aus der Abschwächung der Konjunktur bzw. dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung ergäben, im Haushalt einzuplanen. Um die Ankurbelung der Wirtschaft nicht zu unterlaufen, werde auf eine Gegenfinanzierung (das heißt also eine entsprechende Kürzung auf der Ausgabenseite) verzichtet. Damit steige die Nettoneuverschuldung des Landes um rund 1,3 Milliarden Euro auf 2,97 Milliarden Euro.

Die Spielräume für diese notwendige Maßnahme, so Linssen, habe man durch den Sparkurs der letzten Jahre geschaffen. Gleichzeitig kündigte er an, am Ziel der Haushaltskonsolidierung grundsätzlich festzuhalten. Für ein eigenes Konjunkturprogramm NRW bestehe kein Spielraum; die Landesregierung habe bereits im regulären Haushaltsentwurf 2009 rund 780 Millionen Euro für Investitionen etc. bereitgestellt, von denen die Kommunen mit zusätzlichen Mitteln von 415 Millionen Euro profitierten. *cw*

Zapfenstreich vor dem Landtag

Die sechs größten Schützenverbände NRWs kamen am 13. November zu einem Großen Zapfenstreich am Landtag zusammen. An die 650 Gäste, darunter 300 Mitglieder aus den sechs größten NRW-Schützenvereinen, waren der Einladung der Landtagspräsidentin Regina van Dinkerhoff zum ersten gemeinsamen Parlamentarischen Abend gefolgt. Der Landtag wollte so die Tradition des Schützenbrauchtums ehren und die damit verbundene ehrenamtliche Arbeit würdigen.

Foto: Schälte



Laufende und kommende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR – INHALT	BERATUNG IM PLENUM	BESCHLUSS	BERATUNGSSCHRITTE (ALLE TERMINE UNTER VORBEHALT)
14/7890	Fünftes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes	CDU, SPD, FDP und Grüne – Feststellungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik als Grundlage der Bemessung der Höhe der Abgeordnetenbezüge	1. Lesung 13.11.2008	Überweisung an den Hauptausschuss	Erste Beratung im Ausschuss am 27.11.2008 2. Lesung am 3./4.12.2008
14/7826	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Landtag Nordrhein-Westfalen	CDU und FDP – Änderung des Wahlkreisgesetzes und Regelung zur Befristung des Gesetzes über die Wahlkreiseinteilung	1. Lesung 12.11.2008	Überweisung an den Hauptausschuss	Erste Beratung im Ausschuss am 27.11.2008, weitere Beratungen Anfang 2009
14/7796	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt	LANDESREGIERUNG – Möglichkeit der Kooperation mit einem Partner	1. Lesung 12.11.2008	Überweisung an den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform – federführend – sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss	Erste Beratung im Ausschuss am 26.11.2008 Anhörung am 21.1.2009
14/7792	Gesetz zur Stärkung der Personalhoheit der Kommunen in Nordrhein-Westfalen	LANDESREGIERUNG – Schaffung einer rechtlichen Möglichkeit zur Zahlung von Leistungsentgelten an kommunale Beamtinnen und Beamte; Aufhebung der Stellenobergrenzenverordnung vom 10.05.2005	1. Lesung 2.11.2008	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform sowie an den Innenausschuss	Erste Beratung im Ausschuss am 27.11.2008, Anhörung am 5.2.2009
14/7793	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder von Ausschüssen	LANDESREGIERUNG – Verlängerung der Befristung des Gesetzes bis 2013	1. Lesung 12.11.2008	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss	Beratung und Abstimmung im Ausschuss am 27.11.2008, 2. Lesung am 3./4.12.2008
14/7683	Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie	LANDESREGIERUNG – IHK und Bergbau: Bündelung der zum 31.12.2008 vorzunehmenden Befristungsregelungen mit Entscheidungen über die Fortexistenz von Rechtsnormen und mit Aussagen über deren Wirksamkeit sowie redaktioneller Änderungen in einem Mantelgesetz	1. Lesung 22.10.2008	Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie Bschlussempfehlung Drs. 14/7872	Abstimmung im Wirtschaftsausschuss am 5.11.2008, 2. Lesung am 3./4.12.2008
14/7497	Sechstes Gesetz zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes	LANDESREGIERUNG – Änderung der Abführungsregelung aus dem Jahresüberschuss der Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen (Wfa)	1. Lesung 23.10.2008	Überweisung an den Ausschuss für Bauen und Verkehr – federführend – sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss	Erste Beratung im Ausschuss am 29.10.2008, öffentliche Anhörung am 15.1.2009
14/7000 14/7001 14/7002	Haushaltsgesetz 2009 Finanzplanung 2008-2012 Gemeindefinanzierungsgesetz	LANDESREGIERUNG – Inhalt: Feststellung des Haushaltsplans Regelung der Finanzausstattung der Gemeinden und Gemeindeverbände	1. Lesung 27.8.2008	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss und die einzelnen Fachausschüsse	Weitere Ausschussberatungen bis 22.1.2009, Anhörung am 15.1.2009, 3. Lesung im Ausschuss am 5.2.2009; 2./3. Lesung im Plenum (28./29./30.1. bzw. 11./12.2.2009)
14/6933	Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gliederung und die Bezirke der ordentlichen Gerichte	LANDESREGIERUNG – Artikelgesetz zur Aufhebung der Amtsgerichte Herne-Wanne und Gelsenkirchen-Buer zum 1.1.2012 bzw. zum 1.7.2012 unter gleichzeitiger Einrichtung von Justizzentren	1. Lesung 18.6.2008	Überweisung an den Rechtsausschuss	Anhörung am 3.11.2008, weitere Beratung am 10.12.2008

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR – INHALT	BERATUNG IM PLENUM	BESCHLUSS	BERATUNGSSCHRITTE (ALLE TERMINE UNTER VORBEHALT)
14/6926	Landwirtschaftskammergesetz	LANDESREGIERUNG – Änderungsbedarf nach Ablauf des Erfahrungszeitraums am 31.12. 2007 sowie nach Überprüfung der Auswirkungen des Gesetzes, Änderung weiterer Rechtsvorschriften	1. Lesung 18.6.2008	Überweisung an den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Abstimmung im Ausschuss am 5.11.2008, 2. Lesung am 3./4.12.2008
14/6886	Änderung des Gesetzes über den Schutz der Berufsbezeichnungen	LANDESREGIERUNG – Anpassung an die EU-Richtlinie über die Anerkennung von Berufsbezeichnungen („Architekten“, „Stadtplaner“ und „Beratende Ingenieure“)	1. Lesung 18.6.2008	Überweisung an den Ausschuss für Bauen und Verkehr	Abschließende Beratung im Ausschuss am 27.11.2008, 2. Lesung am 3./4.12.2008
14/6327	Gesetz über den Vollzug der Untersuchungshaft in NRW	SPD – Zusammenführung der bisherigen Einzelbestimmungen zum Untersuchungshaftvollzug	1. Lesung 12.3.2008	Überweisung an den Rechtsausschuss	Zuletzt Beratung am 2.4.2008, ggf. Vorlage der Landesregierung und anschließende weitere Beratung
14/1541	Gesetz zur Änderung der Landesverfassung	SPD, GRÜNE – Stärkung des Informationsrechts und des Unterrichtsanspruchs des Parlaments gegenüber der Landesregierung	1. Lesung 6.4.2006	Überweisung an den Hauptausschuss	Zuletzt behandelt am 6.3.2008, Beratung läuft
14/272	Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes	SPD – Einrichtung einer Personalvertretung bei jeder Staatsanwaltschaft	1. Lesung 28.9.2005	Überweisung an den Rechtsausschuss (federführend) sowie den Innenausschuss	Zuletzt behandelt am 3.11.2005, Beratung ruht

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	1. LESUNG – GEPLANT	BESCHLUSSVORSCHLAG – ÜBERWEISUNG AN DEN	
14/7940	Abrechnungsfondsgesetz	LANDESREGIERUNG	3.12.2008	Haushaltsausschuss	
14/7930	3. Nachtragshaushalt 2008	LANDESREGIERUNG	3.12.2008	Haushaltsausschuss	
14/7895	Geodatenzugangsgesetz	LANDESREGIERUNG	3.12.2008	Innenausschuss (federführend)	
14/7925	Bergmannsversorgungsschein	LANDESREGIERUNG	3.12.2008	Sozialausschuss	

Abgeschlossene Gesetzgebung - am 12./13. November 2008 im Plenum entschieden

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	BERATUNG IM PLENUM	BESCHLUSS	IM GESETZBLATT VERKÜNDET
14/7434	Staatsvertrag über die Nordwestdeutsche Klassenlotterie	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 12.11.2008	Angenommen	
14/7433	Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 12.11.2008	Angenommen	Verkündet in Nr. 32 am 28.11.2008
14/7318	Hochschulzulassungsreformgesetz	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 12.11.2008	Angenommen	
14/7307	Landesschuldenwesengesetz	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 12.11.2008	Angenommen	
14/7075	Änderung des Gesetzes über die Erhebung von Kirchensteuern	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 12.11.2008	Angenommen	
14/6972	Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform auf dem Gebiet des Heimrechts	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 12.11.2008	Angenommen	
14/6831	Gesetz zur Änderung aufsichtsrechtlicher, insbesondere sparkassenrechtlicher Vorschriften	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 12.11.2008 13.11.2008	Angenommen	Verkündet in Nr. 32 am 28.11.2008

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. In der elektronischen Fassung unter www.landtagintern.de finden Sie Links zu ausführlicheren Informationen.

Dialog im Landtag: „60 Jahre Grundgesetz“

Am 8. Mai 1949 wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom Parlamentarischen Rat verabschiedet und am 12. Mai 1949 von den Militärgouverneuren der britischen, französischen und amerikanischen Besatzungszone genehmigt. Die Verfassung Deutschlands jährt sich damit zum 60. Mal. Grund genug, um über die Grundlagen unserer Verfassung in besonderer Weise nachzudenken.

Nach der bekannten These des ehemaligen Verfassungsrichters Professor Dr. Wolfgang Böckenförde lebt der freiheitliche, säkulare Staat „von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“. Diese Überlegung wird immer wieder zitiert, um auf Religion und Glauben als Grundlage unserer Verfassung hinzuweisen. Leider nimmt jedoch die prägende Bedeutung von Religion und Glauben in unserer säkularen Gesellschaft ab. Wir sind zudem ein Einwanderungsland geworden. Durch die Herausforderungen fremder Kulturen wird die Frage nach

der Bedeutung von Religion als Grundlage der Verfassung kontrovers diskutiert. Das gilt in besonderem Maße für unser Bundesland Nordrhein-Westfalen.

Gibt es Prinzipien von Recht und Moral, die unabhängig von religiösen Bekenntnissen begründbar sind und unserer Verfassung zugrunde liegen oder gelegt werden können? Diese und andere Fragen wollen wir mit drei renommierten Wissenschaftlern und Ihnen aus philosophischer, theologischer und juristischer Sicht diskutieren. Helmut Stahl (Foto), Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, möchte Sie herzlich zu einer offenen Diskussionsrunde am 16. Dezember von 18 bis 20 Uhr in den Landtag Nordrhein-Westfalen (Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf) einladen.

Da die Teilnehmerzahl begrenzt ist, bitten wir um schriftliche Anmeldung per E-Mail unter adelheid.walkenhorst@landtag.nrw.de oder per Fax unter 0211/884-3338. Anmeldeschluss ist der 12. Dezember. ■



„Von Engeln und Menschen“ – Ausstellung bei der FDP-Fraktion

Im Rahmen verschiedener Kunstausstellungen bietet die FDP-Fraktion Künstlern aus Nordrhein-Westfalen ein Forum zur Präsentation ihrer Werke. Mitte November eröffnete die kulturpolitische Sprecherin der Fraktion, Landtagsvizepräsidentin Angela Freimuth (Bild, links), eine neue Ausstellung unter dem Titel „Von Engeln und Menschen“. Im Foyer vor dem



FDP-Fraktionssaal stellte Angela Freimuth den über 80 Gästen die Künstlerin Monika Enders aus Viersen und ihre Werke vor.

„Im Mittelpunkt dieser Ausstellung stehen Engel und Menschen. Das Erscheinungsbild des Menschen ist Knotenpunkt des Schaffens von Monika Enders“, betonte Angela Freimuth in ihrer Begrüßungsrede. Dabei bringt die Künstlerin Fragen nach Bedeutung, Beziehungsgeflecht und Verhältnis zum Lebensraum in ihren Bildern zum Ausdruck. „Durch die abstrakten Figuren bleibt dem Betrachter die Freiheit, die Poesie der Geschichten, die Monika Enders malend erzählt, selbst zu finden“, erläuterte Freimuth.

Mit dem Motiv „Engel“, als zweitem Bestandteil der Ausstellung, erfolgt die künstlerische Auseinandersetzung der Viersenerin mit religiösen Motiven und Inhalten und ihrer Beziehung zu und für die Menschen. Gerade durch

ihr langjähriges ehrenamtliches Engagement in ihrer Pfarre hat die Viersenerin immer wieder neue Berührungspunkte zu „Engeln“, ob beim Kommunionunterricht, an Kinderbibeltagen oder bei Kleinkindergottesdiensten. Unter Verwendung unterschiedlicher Formate und Maltechniken entdeckte die Malerin das Thema „Engel“ als Leitmotiv im Spannungsfeld zu Menschen, Natur und spirituelle Themen. „Für Monika Enders sind nicht nur die Engel in der kirchlichen Lehre wichtig, sondern ebenso die Menschen mit Engelbewusstsein, die liebevollen Helfer im Alltag, die immer bereit sind, den Gemeinsinn zu unterstützen“, betonte Angela Freimuth.

Die Ausstellung „Von Engeln und Menschen“ auf den Fluren der FDP-Landtagsfraktion kann bis zum 16. Dezember besucht werden. Überwiegend werden großformatige farbinensitive Acrylbilder auf Leinwand präsentiert. Bei Interesse können unter der Rufnummer 0211/884-4422 Termine vereinbart werden. ■

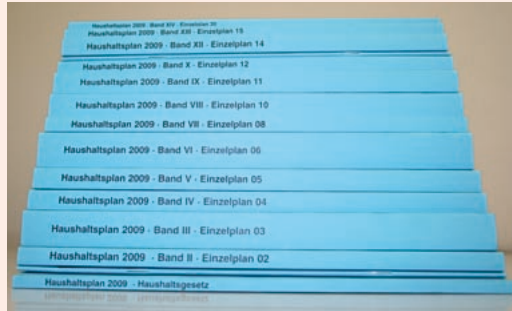


Unter Schwarz-Gelb ist NRW zum Nehmerland abgestürzt



Die neuen Haushaltsdaten für 2009, die die schwarz-gelbe Landesregierung im vergangenen Monat vorgestellt hat, sind das Eingeständnis des eigenen Scheiterns. So ist Nordrhein-Westfalen unter der CDU/FDP-Koalition vom Geber- zum Nehmerland im innerdeutschen Länderfinanzvergleich geworden und aus der Gruppe der finanzstarken Länder abgestürzt. NRW ist nun auf Zahlungen der reichen Länder wie Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg angewiesen. Dies macht deutlich, dass NRW von der Steuerentwicklung der wirtschaftsstarke Bundesländer vollständig abgekoppelt worden ist. Das Versprechen des CDU-Ministerpräsidenten Rüttgers, bis zum Jahr 2010 Bayern zu überholen, ist angesichts der aktuellen Zahlen nur noch ein frommer Wunsch, der mit der Realität nichts zu tun hat.

Trotz 7,76 Milliarden Euro mehr Steuerentnahmen gegenüber dem Jahr 2005 macht die Landesregierung nun laut den Haushaltspla-



nungen für das Jahr 2009 zwölf Milliarden Euro neue Schulden seit Regierungsübernahme. Dies belegt: Die Landesregierung hat die eigenen Konsolidierungsziele längst aufgegeben. Ministerpräsident Rüttgers hatte in seiner Regierungserklärung im Juli 2005 wörtlich zugesagt, die Nettoneuverschuldung des Landes in den nächsten Jahren kontinuierlich zu reduzieren und den ungebremsten Ausgabenanstieg nachhaltig zurückzuführen. Von diesem generellen

Ziel will die Landesregierung heute nichts mehr wissen. Anstatt nachhaltig zu konsolidieren, wird eine unsoziale Kürzungspolitik zu Lasten von Kommunen, Kindergärten und Gruppen ohne starke Lobby wie Obdachlosenhilfe, Arbeitslosen-Beratungsstellen oder Frauenhäusern durchgezogen.

Ein weiteres Problem ist, dass CDU und FDP die steuerstarken Jahre nicht genutzt haben, um für schwierige Zeiten vorzusorgen. Anstatt zu konsolidieren und die landeseigenen Investitionen hochzuführen, sind die Steuermilliarden im Haushalt versickert. Jetzt rächt sich bitter, dass die Landesregierung die Investitionen von 6,7 Milliarden Euro in 2005 auf 3,2 Milliarden Euro im Haushaltsentwurf 2009 mehr als halbiert hat. Die insgesamt chaotische Finanzpolitik der Regierung Rüttgers hat dazu geführt, dass die Verabschiedung des Landeshaushalts 2009 in das kommende Jahr verschoben werden muss. ■

Keine Kürzungen bei Wohnungslosen!



Die schwarz-gelbe Landesregierung plant, die Hilfen für Obdachlose komplett zu streichen. Im Jahr 1996 legte die damalige rot-grüne Landesregierung das Programm „Wohnungslosigkeit vermeiden – dauerhaftes Wohnen sichern“ erstmalig auf. Ziel war es, kommunale Projekte anzuschließen, die darauf abzielten, Menschen nach Möglichkeit gar nicht erst wohnungslos werden zu lassen oder sie bedarfsgerecht zu versorgen. Seitdem wurden über 135 Modellprojekte in 43 Kommunen gefördert. Damit konnte ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung der Arbeit in der Wohnungslosenhilfe geleistet werden. Schwerpunkte hierbei waren u.a. Projekte für alleinstehende wohnungslose Frauen, ältere Wohnungslose und junge Menschen ohne Unterkunft. Insofern handelt es sich bei dem Programm um ein Modellprogramm, da es viele Modellprojekte beinhaltet, nicht aber weil es selbst grundsätzlich in einer zeitlich befristeten Testphase angelegt war. Doch damit argumentiert die Landesregierung nun, wenn sie die Streichung der Mittel im Haushalt festlegt.

Und auch die anhaltend rückläufigen Obdachlosenzahlen in der amtlichen Statistik

sind kein Anlass zur Kürzung. Denn hierüber werden lediglich Personen, die in städtischen Notunterkünften leben, erfasst. Entsprechend gibt es eine hohe Dunkelziffer. Außerdem bleiben die Menschen unberücksichtigt, die vom Verlust ihrer Wohnung bedroht sind. Die Landesmittel für die Wohnungslosenhilfe müssen erhalten bleiben. Hilfen für wohnungslose Menschen sind heute genauso notwendig wie vor zwölf Jahren, als das Unterstützungsprogramm vom Landtag erstmals aufgelegt wurde.

Für den Landeshaushalt im nächsten Jahr fordern die Grünen 1,5 Mio Euro, damit das Förderprogramm zur Unterstützung von wohnungslosen Menschen weitergeführt werden kann.

Aus Protest gegen die Pläne der Landesregierung hat in der vergangenen Woche Bruder Dr. Peter Amendt von der franziskanischen Initiative „vision : teilen“ einen Protestbrief an den Vorsitzenden des Landtagssausschusses für Gesundheit und Soziales, Günter Garbrecht, überreicht. ■



V.l.: Bruder Dr. Peter Amendt, Peter Degenhardt (Wohnungsnothilfe Moers), Barbara Stefens MdL (Grüne), Günter Garbrecht MdL (SPD) Foto: Guido von Wiecken



v. l. n. r.: Jörg Sennewald (Gemeindeprüfungsanstalt NRW), Florian Böttcher (Institut für Politikwissenschaft, Universität Münster), Uwe Krebs (Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young), Marc Gnädinger (Bertelsmann-Stiftung), Monika Kuban (Städtetag NRW).

Foto: Schälte

Überschuldeten Kommunen helfen

Sachverständige schlagen verschiedene Lösungsansätze vor

05.11.2008 – Wie kommen verschuldete nordrhein-westfälische Städte wie Oberhausen oder Remscheid wieder zu einem strukturellen Ausgleich? Der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform (Vorsitz Edgar Moron, SPD) zog Sachverständige hinzu, um über die rechtliche Zulässigkeit einer solchen Verschuldung sowie über Lösungsansätze zu diskutieren.

Die Frage der rechtlichen Zulässigkeit stellten die Fachleute in den Hintergrund, da sie das Problem nicht löse. Monika Kuban vom Städtetag NRW wies auf die lange Geschichte der negativen finanziellen Entwicklung in einzelnen Städten hin. Dies sei im Wesentlichen nicht das Ergebnis kommunalen Mismanagements, sondern ein strukturelles Problem: Dort, wo die Wirtschaftskraft und damit auch die kommunalen Steuereinnahmen niedrig seien, wanderten immer mehr Menschen ab. Solche Kommunen litten daher gleichzeitig unter der Strukturschwäche ihrer Region und dem demografischen Wandel. Die Folge sei eine ständige Unterfinanzierung. Mit diesem Problem müssten sich auch die Landesregierung und der Landtag auseinandersetzen. Kuban plädierte für einen Konsolidierungspakt zwischen dem Land und den Kommunen, um gemeinsam Lösungen zu finden. Einen „horizontalen Ausgleich“, bei dem die Kommunen untereinander Schulden ausgleichen, lehnte die Vertreterin der kommunalen Spitzenverbände ab.

Marc Gnädinger von der Bertelsmann-Stiftung legte einen Schwerpunkt auf die Generationengerechtigkeit. Er stellte hinsichtlich der Haushaltsgrundlagen die Frage, ob die Kommunen überhaupt eine Chance hätten, nicht auf Kosten kommender Generationen zu leben. Der „Verkauf von Tafelsilber“ der Kommunen bringe zwar geringe Überschüsse, sei jedoch keine Dauerstrategie. Und eine Erhöhung der Gewerbesteuer in überschuldeten

Städten sei nicht sinnvoll, weil die Kommunen im Wettbewerb untereinander stünden und die Gefahr drohe, dass dann noch mehr Unternehmen und Menschen wegzögen – mit der Folge weiter sinkender Einnahmen.

Auch Jörg Sennewald von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW forderte, das Finanzsystem so einzurichten, „dass unsere Kinder dieselben Chancen haben wie wir“.

GENERATIONENGERECHTIGKEIT

Er sprach sich dafür aus, die Anreize im System in puncto Haushaltskonsolidierung zu hinterfragen. Auch er unterstützte die Forderung nach einem Konsolidierungspakt, um verlässliche Rahmenbedingungen für die Kommunen festzuschreiben. Die Einnahmen der Kommunen aus der Gewerbesteuer seien vielleicht ein zu großer Risikofaktor, so dass eine solide Planung auf ihrer Grundlage nur schwer möglich sei. Er plädierte dafür, das Steuersystem gerechter zu gestalten. „So schnell können die Kommunen gar nicht sparen, wie Einnahmen wegbrechen“, gab er zu bedenken.

Uwe Krebs von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young betonte die Notwendigkeit zu Diskurs und Lösung, um denjenigen Kommunen zu helfen, die dies nicht aus eigener Kraft könnten. Er stellte die Frage, ob die Maßnahmen innerhalb des Haushaltssicherungskonzeptes ausreichen und ob sie früh genug einsetzten. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht

sei ein „klares, konkretes Monitoring“ wichtig. Für Oberhausen beispielsweise reiche ein Haushaltssicherungskonzept nicht aus, man brauche vielmehr ein Sanierungskonzept.

Florian Böttcher vom Institut für Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster sah keine eindeutige Ursache für die Überschuldung der betroffenen Kommunen. Weder sei dies auf massives Fehlverhalten der Stadt noch des Landes zurückzuführen. Böttcher forderte eine deutlich ganzheitlichere Lösung. Man müsse den ganzen finanzpolitischen Ordnungsrahmen daraufhin abklopfen, ob die richtigen Ansätze zum Sparen gegeben würden. Konkret plädierte der Wissenschaftler für fünf Instrumente: klare Regeln für die Kommunen wie etwa eine eindeutige Verschuldungsgrenze, eine aufgabengerechte Finanzausstattung, eine strenge Haushaltsaufsicht, die Spürbarkeit von Schulden und einen Entschuldungsfonds. sow

Mit einem Eilantrag der SPD-Fraktion kam das Thema am 13.11.2008 im Plenum zur Sprache. Die SPD-Forderung, die NRW-Bank solle mit 7 Milliarden Euro mehrfach benachteiligte Kommunen von der Zinslast entlasten und die Schulden tilgen, lehnten CDU und FDP vor allem mit dem Verweis auf hohe Steuereinnahmen der Kommunen und einer rückläufigen Zahl von Kommunen in Haushaltssicherung ab. Die „Trendwende“ müsse durch „dauerhafte, zukunftssichere“ Lösungen abgesichert werden. Die Grünen forderten, den Kommunen die Chance zu geben, in niedriger verzinsten Krediten zu wechseln. cw

Porträt: Angela Tillmann (SPD)



Ihre Homepage verrät: Angela Tillmann ist unverheiratet, aber seit 23 Jahren glücklich in denselben Mann verliebt. Sie mag Katzen, den Wind und das Meer und immer wieder hofft die SPD-Abgeordnete auf weiße Weihnachten. In ihrem Abgeordnetenleben ist die 51-Jährige offen für den Dialog und aufgeschlossen für neue Wege. So sucht Angela Tillmann in ihrem Wahlkreis auf ihre Art den Kontakt zum Bürger. „Ich gehe gern auf die Straße und rede mit den Menschen, um zu erfahren, wo es Probleme gibt“, sagt die Parlamentarierin. Um eine Unterhaltung in Gang zu bringen, hat sie ihre eigene Methode entwickelt.

„An Markttagen baue ich in meinem Wahlkreis neben meinem Stand eine Plakatwand mit einigen zentralen Thesen meiner Arbeit auf“, erklärt die SPD-Politikerin. Vorbeigehende haben Zeit, den Text in Ruhe zu lesen. Wenn dann das Interesse geweckt ist, können die Leute sie ansprechen. „Das ist eine gute Taktik, um mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen“, hat die SPD-Politikerin ihre Erfahrungen gemacht. Auf diese Weise knüpfe man Kontakte, ohne dass die Menschen sich überfallen fühlen. Die Markttreffen sind nach Überzeugung von Angela Tillmann eine gute Ergänzung zu festen Bürgersprechstunden, die sie im Wahlkreis ebenfalls anbietet.

Als migrationspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion und Mitglied im Ausschuss für Generationen, Familie und Integration sowie im Ausschuss für Schule und Weiterbildung ist sie viel im Land unterwegs, um die Ziele ihrer Partei zu erklären. Ihr Schwerpunktthema ist die Integrationspolitik. „Wir leben in einer Einwanderungsgesellschaft“, betont die SPD-Frau und fordert: „Dazu gehört auch, dass sich die Deutschen auf den Weg machen und ihren

Beitrag zum guten Zusammenleben leisten.“ Ein richtiger Schritt zur Integration wäre ihrer Auffassung nach die Einführung von verpflichtenden Kindergärten. Vom dritten, spätestens vom vierten Lebensjahr an sollten alle Kinder in den Kindergarten gehen, damit eine einheitliche Entwicklung gesichert wird, findet die SPD-Abgeordnete. Voraussetzungen wären genügend Plätze und Kostenfreiheit. Für diese Idee muss die Sozialdemokratin auch noch in ihrer eigenen Partei Überzeugungsarbeit leisten. Doch das schreckt die SPD-Frau nicht. „Ich bin in die Politik gegangen, weil ich an den gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen etwas verändern möchte“, sagt sie entschieden.

Nach einer Ausbildung zur Industriekauffrau hat Angela Tillmann Sozialpädagogik studiert, weil sie Menschen helfen wollte.

Als Diplom-Sozialpädagogin in der Jugendarbeit in Düsseldorf beschäftigt, erkannte sie rasch, dass viele Benachteiligungen strukturell bedingt sind und man die Probleme grundsätzlich anpacken muss. Aus diesem Motiv trat sie 1989 in die SPD ein. „Ich wollte von Anfang an aktiv mitmischen“, bekennt sie offen, und folgerichtig hat sie sich rasch in verantwortungsvolle Positionen hochgearbeitet.

Der Mitgliedschaft in verschiedenen Parteigremien folgte 1994 die Wahl in den Rat der Stadt Mönchengladbach. Dort war sie seit 1999 stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Als Parteifreunde ihr die Kandidatur für den Landtag antrugen, hat sie zugewilligt. „Das bot mir die Chance, hauptberuflich das zu machen, was ich bis dahin ehrenamtlich neben meinem Beruf getan habe“, sagt sie offen und fügt hinzu, dass sie ihre politische Arbeit auch gern in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen würde. „Ich glaube, dass man vor Ort und zusammen mit den Menschen einiges bewegen kann, wenn man nur entschlossen genug zupackt.“

Als Schriftführerin im Landtag hat sich Angela Tillmann viel Routine angeeignet, obwohl sie anfangs mit dem Parlamentsalltag Schwierigkeiten hatte. „Es hat einige Zeit gedauert, bis ich mich an die festgelegten Redezeiten und die fehlende Spontaneität gewöhnt habe“, räumt sie ein. Noch heute bedauert die SPD-Abgeordnete die starren Regeln, die während der Plenardebatten kaum einen Sinneswandel zulassen. „Das einzige, was man erreichen kann, ist eine Vertagung“, sagt sie.

Weil Angela Tillmann ihr Hobby zum Beruf gemacht hat, nennt sie als zweitschönste Freizeitbeschäftigung das Reisen. Lange Zeit ging es dabei in Europa Richtung Norden. Doch zunehmend zieht es sie auch in den Nahen Osten. Viele Länder, in die man relativ gefahrlos reisen kann, hat sie mit ihrem Lebensgefährten bereits „abgegrast“.

Gerlind Schaidt

Per Newsletter: Immer wissen, was den Landtag bewegt

Landtag Intern erscheint zu jeder Plenarsitzungswoche und berichtet in der Regel 14-mal pro Jahr über ausgewählte politische Debatten, über abgeschlossene, laufende und kommende Gesetzesvorhaben (siehe auch www.landtagintern.de). Natürlich beschäftigen den Landtag viel mehr Themen, als die Parlamentszeitschrift in ihren Ausgaben berücksichtigen kann. Bis zu 25 parlamentarische Vorhaben stehen allein auf der Tagesordnung einer einzigen Plenarsitzung. Hinzu kommen die zahlreichen Debatten in den Fachausschüssen des Parlaments, in denen die Abgeordneten detailliert über landespolitische Themen beraten.

FRÜHE INFORMATION

Um Bürgerinnen und Bürger bereits vorab zu informieren, welche Themen in den Ausschüssen und Plenarsitzungen eine Rolle spielen werden, gibt der Landtag wöchentlich einen elektronischen Newsletter heraus. Dieser ermöglicht per E-Mail-Versand jeden Dienstag einen Überblick über die Themen der Woche und weist auf die wichtigsten Beratungsgegenstände auf den Tagesordnungen der Ausschüsse und Plenarsitzungen hin. Wer sich hier informiert, bleibt auf dem Laufenden über Gesetzesberatungen, Anträge und öffentliche Anhörungen. Unter www.landtag.nrw.de kann der Newsletter des Landtags kostenlos abonniert werden.

sow

Herausgeberin:

Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinter, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion:

Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion) Redaktionelle Mitarbeit: Doro Dietsch (dd), Sebastian Wuwer (sw) Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs), 884-2450 (dd) und 884-2137 (sw) Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Remmel MdL (Grüne), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Rudolf Schumacher (Grüne), Pressesprecher. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 4. Dezember bis 17. Dezember 2008

8.12. Schulte, Bernd (CDU)	59
8.12. Preuß, Peter (CDU)	55
9.12. Groschek, Michael (SPD)	52
10.12. Monheim, Ursula (CDU)	69
15.12. Sommer, Barbara (CDU) **	60

** Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

Ehemalige Abgeordnete

05.12. Riscop, Franz (CDU)	75
09.12. Dr. Brunemeier, Bernd (SPD)	65
13.12. Dr. Wilke, Friedrich (FDP)	65
16.12. Stump, Werner (CDU)	65

verstorben

20.11.2008, Wilhelm Rebscher (FDP)	89
MdL 1969 - 1970	

Broschüre



Am 9. November 2008 gedachte der Landtag der Pogromnacht vor 70 Jahren. Zu dieser Veranstaltung wurde eine Broschüre mit allen Reden erstellt, die über Landtag, Referat Öffentlichkeitsarbeit, erhältlich ist. Dieses erreichen Sie unter folgender Adresse: Platz des Landtags

1, 40221 Düsseldorf, Tel. (0211) 884-2851, Mail: email@landtag.nrw.de.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 4. Dezember 2008 ein: Um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Die ganz besondere Freundschaft ...

... zwischen Nordrhein-Westfalen und Polen stand im Mittelpunkt eines Parlamentarischen Abends am 12. November im Landtag. Der Einladung von Landtagspräsidentin Regina van Dinkerhoff folgten zahlreiche Gäste aus dem befreundeten Land, darunter Andrzej Kaczorowski, Generalkonsul der Republik Polen (oben). Für den musikalischen Rahmen sorgte die MozART Group mit amüsanten Neukompositionen klassischer Werke. Moderator Steffen Möller (Mitte) führte nicht nur durch das Programm, sondern sorgte mit seinem Soloprogramm, etwa zur Aussprache des Polnischen, für Erheiterung bei den Gästen. In einer anschließenden Gesprächsrunde diskutierten Petra Wassner, Geschäftsführerin von NRW.INVEST (Bild unten, Mitte), die Konsulin Malgorzata Wejto, Leiterin der Abteilung für Handel und Investitionen im Generalkonsulat der Republik Polen, und Marcin Diakonowicz (Germany Desk, Deloitte Warschau; Bild unten, rechts) über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern.
Fotos: Sondermann